

**Kolumne von Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP
... bis Naziaufmärsche Geschichte sind!**

Weder Verleumdungen in den bürgerlichen Medien noch vorausgehende Verbote sowie Strafandrohungen beeindruckten.



Tausende kamen nach Dresden um den angekündigten faschistischen Aufmarsch zu verhindern. Und sie - wir - waren erfolgreich. Der Naziaufmarsch in der Dresdener Innenstadt konnte durch entschlossenes, mutiges Handeln - durch Demonstrationen, Blockaden, Kundgebungen, Mahnwachen - verhindert werden.

Am Abend des 19. Februars herrschte vor dem Hauptbahnhof Volksfeststimmung. Dresdenerinnen und Dresdener freuten sich mit den vielen anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland über den Sieg.

Die Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Dresden und dem gesamten Bundesgebiet werden jetzt als gewalttätige Gegendemonstranten diskreditiert und kriminalisiert, weil sie sich weder durch Absperrungen noch die im Laufe des Tages immer hektischer agierende Polizei vertreiben ließen. Die Polizei hatte gegen die überwiegend friedlichen Blockierer an verschiedenen Orten immer wieder Schlagstöcke, Pfefferspray und Wasserwerfer eingesetzt um den faschistischen Aufmarsch durchzusetzen. Vor allem durch das polizeiliche Handeln eskalierte an einigen Orten die Situation. Einige wenige Gruppen ließen sich provozieren oder Provokateure boten Anlass für weitere Polizeieinsätze. Am Abend gab es noch ein "Nachspiel". Ein Einsatzkommando des LKA Dresden überfiel und verwüstete ein Bürogebäude, in dem sich die Geschäftsstelle der Partei "Die Linke" in Dresden und auch Räume des Bündnisses "Nazifrei! Dresden stellt sich quer" befinden, wegen des "Verdachts auf die Organisation einer Straftat und Landfriedensbruch". Um das Vorgehen von Politik, Justiz und Polizei zu rechtfertigen wird gelogen "Tausende gewalttätige Gegendemonstranten" hätten in Dresden agiert. Der Widerstand wird kriminalisiert. Innenminister Ulbig (CDU) rechtfertigte am Montag das Vorgehen der Polizei. Die Dresdener Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt unter anderem auch gegen Landtagsabgeordnete der SPD, der Grünen und der Partei "Die Linke".

Vor allem die Justiz hat den Faschisten den Weg in die Stadt geöffnet, die gleiche Justiz, die Antifaschistinnen und Antifaschisten im Vorfeld mit Strafverfolgung drohte. Im Januar entschied das Oberverwaltungsgericht Bautzen, dass die Polizei schon 2010 das Demonstrationsrecht der extremen Rechten gegen alle Widerstände hätte durchsetzen müssen. Das Dresdener Verwaltungsgericht hob kurzfristig Auflagen der Stadt für den faschistischen Aufmarsch am 19. Februar auf. Man müsse das Versammlungsrecht wahren. Die

Dresdener Richter machten den Weg frei für die Faschisten und gaben zugleich de facto einen Freibrief für die Polizeigewalt gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, denn sie stellten fest, dass sich behördliche Maßnahmen primär gegen Gegendemonstranten richten müssten. Jetzt beklagt man allerdings auch, dass die Faschisten immer gewalttätiger werden. Sachsens regierende Politiker, Justiz wie Polizeiführung haben ein deutliches Zeichen gesetzt und gezeigt, was Geistes Kind sie sind. Sie haben ein Zeichen gegen den berechtigten Widerstand der vielen Menschen unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung, die gegen Faschisten und ihre Ideologie auf die Straße gegangen sind, gesetzt. Es reicht nicht, wenn jetzt nur eine parlamentarische Untersuchung der Vorgänge und ein "Runder Tisch" gefordert werden: Das Gebot des Grundgesetzes nach Verbot und Auflösung der NPD und aller anderen faschistischen Parteien und Organisationen muss endlich durchgesetzt werden.

Deshalb werden wir weiter demonstrieren und blockieren, bis alle Naziaufmärsche Geschichte sind!

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)